

Impulsvortrag Zukunftsforum Ländliche Entwicklung

Stephanie Bschorr, 21. Januar 2015, Grüne Woche Berlin

Frauen – aktiv für ländliche Regionen

Unternehmerische Chancen nutzen

Sehr geehrte Frau Scherb,
sehr geehrter Herr Minister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als ich erfahren habe, dass das Thema des diesjährigen Zukunftsforums Ländliche Entwicklung auf der Grünen Woche gezielt aktive Frauen anspricht, habe ich mich sehr gefreut, denn aktiven Frauen fühle ich mich sehr verbunden.

Noch mehr gefreut habe ich mich über die Bitte, dieses Impulsreferat zu halten, weil ich gewissermaßen von Amts wegen nichts lieber tue, als mich für aktive Frauen einzusetzen. Ich bin Präsidentin eines Verbandes von 1600 besonders aktiven Frauen, nämlich des Verbandes deutscher Unternehmerinnen.

Eines gestehe ich gleich vorweg: Ich bin bekennende Großstädterin. Von daher bin ich hier ganz bestimmt in der Minderheit. Aufgewachsen bin ich zwar in einem kleinen Dorf in der Nähe von Köln, aber ich lebe und arbeite seit vielen Jahren hier in Berlin. Aber ich hoffe, das tragen Sie mir nicht nach.

Ich bin ja auch nicht gekommen, um Ihnen das Leben im ländlichen Raum auszureden – im Gegenteil: Ich bin hier, um über Chancen zu sprechen. Über unternehmerische Chancen für die Menschen auf dem Land.

Als Präsidentin des Unternehmerinnenverbandes bringe ich eine Perspektive von außen und eine von innen mit. Von außen, weil die Unternehmerinnen nur eine Spielart der weiblichen Aktivitäten in ländlichen Regionen sind, wenngleich eine sehr wichtige, wie ich gleich näher ausführen möchte. Von

innen deshalb, weil unser Verband natürlich auch einen durchaus beachtlichen Teil seiner Mitglieder im ländlichen Raum hat.

Das war übrigens von Anfang an so: Schon das Unternehmen unserer Gründungspräsidentin Käte Ahlmann, die renommierte Carlshütte, befand sich im schleswig-holsteinischen Örtchen Büdelsdorf, zu Zeiten von Käte Ahlmann wuchs es auf 6.000 Einwohner, ein Großteil davon Beschäftigte ihres Unternehmens. So viel zu Verwurzelung des VdU in den ländlichen Regionen – ohne dass wir damit den Landfrauen Konkurrenz machen wollen, liebe Frau Scherb.

Darum hören Sie jetzt von mir einen Beitrag speziell aus unternehmerischer Sicht. Mein Thema heute Morgen sind die Chancen, die sich für Frauen in Unternehmen und als Unternehmerinnen eröffnen.

Sie, Herr Minister, haben es eben angesprochen: Es ist die wirtschaftliche Perspektive, die eine Region stark macht. Es sind die ansässigen Unternehmen, die den Wohlstand erwirtschaften, die Arbeitsplätze anbieten und die Prosperität über ihre Belegschaft hinaus schaffen, indem sie die Kaufkraft erhöhen und Gewerbesteuer entrichten – und den Menschen vor Ort und ihren Familien ein Auskommen sichern.

Darum geht es nach meinem Verständnis vor allem, wenn wir über die zukünftige Entwicklung der ländlichen Regionen sprechen: Mehr ökonomische Perspektive zu ermöglichen!

Ich möchte hier ein Ausrufezeichen für mehr Unternehmertum setzen. Und ganz besonders für mehr unternehmerisch tätige Frauen! Der Verband deutscher Unternehmerinnen unterstützt alle Initiativen, die Frauen in der deutschen Wirtschaft stärken, die Potenziale heben und Perspektiven eröffnen.

Ich möchte, dass Sie alle diesen Impuls mitnehmen und ihn weitertragen, in die Region, aus der Sie kommen. Ich bin überzeugt, es gibt auch dort zahlreiche Optionen und Chancen, die nur darauf warten, erkannt und umgesetzt zu werden.

Ein Blick auf die wichtigsten Kennziffern zum Unternehmertum in Deutschland verdeutlicht, dass tatsächlich sehr viel Potenzial vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt. Und das obwohl der Anteil der unternehmerisch Tätigen in unserem Land im internationalen Vergleich keinen Spitzenplatz belegt, sondern sich eher im Mittelfeld befindet.

Hier ist in der Tat noch Luft nach oben: Die Selbstständigenquote, also der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen, liegt in Deutschland aktuell bei 11 Prozent.

In der Mehrzahl sind es wie in der Vergangenheit auch Männer, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Über 13 Prozent der erwerbstätigen Männer haben sich selbstständig gemacht, aber nur 7,5 Prozent der Frauen. Doch die Zahl der unternehmerisch tätigen Frauen wächst. So ist heute eine von drei Selbstständigen eine Frau, Tendenz leicht steigend.

Besonders beachtlich ist, dass die Zuwachsrate bei den weiblichen Selbstständigen in den zehn Jahren zwischen 2002 und 2012 mit einem Plus von 35 Prozent deutlich höher ist als die Zunahme bei den männlichen Selbstständigen, die im selben Zeitraum um 15 Prozent angestiegen sind.

Dieser Trend hat sich 2013 fortgesetzt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden 43 von 100 neuen Unternehmen im Jahr 2013 von einer Frau gegründet!

Frauen holen also auf in Sachen Selbstständigkeit und setzen dabei ganz eigene Akzente.

Das fängt schon bei der Unternehmensgründung an. Frauen wählen vielfach eine kleinere Variante. Sie scheinen einer besonnenen, maßvollen Unternehmensentwicklung den Vorzug zu geben vor riskanten Wachstumsstrategien. So die Ergebnisse der Unternehmerinnenstudie, die der Verband deutscher Unternehmerinnen jedes Jahr in Kooperation mit der Deutschen Bank durchführt. In dieser Studie werden relevante wirtschaftspolitische und unternehmensbezogene Einschätzungen der VdU-Mitglieder ermittelt. Die gewonnenen Daten werden mit den entsprechenden Ergebnissen einer männlichen Vergleichsgruppe gespiegelt.

Danach schätzen die Unternehmerinnen ihr eigenes Investitionsverhalten als sicherheitsbewusster und strategischer ein als das ihrer männlichen Kollegen. Dies spiegelt sich in leicht abgeschwächter Ausprägung auch in den Antworten der männlichen Vergleichsgruppe. Aber nachhaltiges und langsames Entwicklungstempo heißt eben auch: Beständigkeit für Unternehmen und natürlich auch für die Arbeitsplätze.

Im Unterschied zu Männern leben Frauen in ihrer Tätigkeit als Unternehmerin zudem eine größere Flexibilität in Sachen Arbeitszeit: Nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes waren unter den selbstständigen Frauen mit Beschäftigten vergleichsweise viele in Teilzeit tätig. Hier lag die

Quote mit 14 Prozent fast fünfmal höher als die der männlichen Selbstständigen mit Beschäftigten. Sich zur Selbstständigkeit zu entschließen kann also auch eine Chance für mehr individuelle Arbeitszeitflexibilität bieten, zusätzlich zu Eigenverantwortung und Unabhängigkeit.

Eine weitere Besonderheit von Frauen als Unternehmensleiterinnen ist, dass sie signifikant mehr Wert auf eine gute Mitarbeiterbindung legen als die Vergleichsgruppe der männlichen Entscheider. Auch dies ist ein zentrales Ergebnis der Unternehmerinnenstudie von VdU und Deutscher Bank. Wiederholt ergab sich bei diesen Befragungen, dass Frauen tatsächlich anders führen als Männer, wenn auch nur in Nuancen.

Bei allen Vorzügen und Chancen ist die Entscheidung, ein eigenes Unternehmen zu gründen, natürlich ein großer Schritt. Da ist es wichtig, dass man Beratung und Begleitung in der Gründungsphase und in den Aufbaujahren erfährt. Gut, wenn man dabei auf die Unterstützung eines starken Netzwerkes zählen kann.

Hier gibt es inzwischen viele Portale und Initiativen, die Interessierte beraten und weiterführende Auskünfte anbieten. Einige von diesen richten sich speziell an gründungswillige Frauen.

Auch der VdU bietet seit vielen Jahren in Kooperation mit der Käthe Ahlmann Stiftung ein persönliches Mentoring an, in dem erfahrene Unternehmerinnen Existenzgründerinnen ebenso wie Jungunternehmerinnen begleiten. Der intensive und generationenübergreifende Austausch ist überhaupt eines der Kennzeichen unseres Verbandes. Der VdU ist vor über sechzig Jahren genau aus diesem Grund gegründet worden: Um die Unternehmerinnen, die damals noch selten waren in der Wirtschaft, zusammenzubringen, damit sie sich gegenseitig unterstützen und miteinander vernetzen konnten, um den Frauen in der deutschen Wirtschaft eine starke Stimme zu geben.

Das ist gelungen. Unternehmerisch tätige Frauen sind heute keine Ausnahmerecheinung mehr, sondern selbstverständliche und selbstbewusste Marktteilnehmerinnen.

Überhaupt sind die Frauen heute in Deutschland wirtschaftlich aktiver denn je. Wir haben eine so hohe Erwerbsquote wie noch niemals zuvor. Fast Drei Viertel aller Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sind erwerbstätig.

Mit diesen Werten hat Deutschland zur internationalen Spitze aufgeschlossen und liegt hinter den Skandinavischen Staaten und den Niederlanden auf Platz fünf. Das ist beachtlich. Aber es ist noch nicht genug.

Nur eine Randbemerkung an dieser Stelle: Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung hat dieser Tage auf die Unterschiede in der Erwerbstätigkeit der Frauen zwischen den alten und neuen Bundesländern hingewiesen: Die Frauen in den neuen Bundesländern sind seit jeher in höherem Maß erwerbstätig. Obwohl die Erwerbsquote von Frauen in West und Ost erheblich gestiegen ist, haben die Frauen im Osten ihren Vorsprung vor den Frauen in den alten Bundesländern noch ausbauen können.

Übrigens ist dies bei der Selbstständigenquote gerade umgekehrt: Hier liegt der Westen klar vorn. Im Ländervergleich liegen Hamburg und Berlin in Sachen Selbstständigkeit vorn, die Hansestadt ist sogar Spitzenreiter bei den Selbstständigen mit Beschäftigten. Gefolgt übrigens von drei Bundesländern mit bedeutendem landwirtschaftlichen Sektor: Bayern, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.

Aber zurück zur steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen. Die Zuwächse bei den Beschäftigungsverhältnissen der letzten Jahre sind in der Tat vor allem auf eine höhere Erwerbsneigung bei Frauen zurückzuführen. Frauen sind ein wesentliches Potenzial für mehr Fachkräfte, vor allem jene, die gut ausgebildet nach einer Erwerbstätigkeitspause für eine Rückkehr in den Beruf gewonnen werden könnten.

Im Bereich der Berufsrückkehrerinnen ist der VdU seit Jahren sehr engagiert. Gemeinsam mit dem Katholischen Frauenbund haben unsere Unternehmerinnen ein mehrmonatiges Projekt für Rückkehrerinnen getragen, das evaluiert und ausgesprochen positiv bewertet wurde. Und aktuell beteiligt sich der VdU gemeinsam mit anderen Verbänden unter der Leitung der IHK Ulm an einem entsprechenden Wiedereinstiegsprojekt für Frauen mit technisch-gewerblichem Hintergrund.

Aber es geht natürlich weder bei den Berufsrückkehrerinnen noch bei Unternehmensgründerinnen nicht nur um Spitzenkräfte mit besonderen Fähigkeiten. Die Statistiken zeigen: Hohe Bildung ist keine Voraussetzung für eine Unternehmensgründung. Zwar ist der Anteil der Universitätsabsolventen unter den Gründern höher als im Durchschnitt der Bevölkerung, die Hälfte aller Unternehmensgründer oder -gründerinnen haben eine Lehre oder Berufsfachschule als höchsten Abschluss. Die

Selbstständigkeit ist sogar für Menschen ohne Berufsausbildung eine Perspektive: Sie machen immerhin 16 Prozent aller Gründer aus.

Zusammenfassend gilt sowohl für Unternehmerinnen als auch für Frauen generell: Unsere Ausgangslage ist gut, es gibt viele Chancen, die es sich zu ergreifen lohnt.

Aber bei aller Freude über die vielen Möglichkeiten für aktive Frauen dürfen wir auch nicht die Schwierigkeiten verschweigen, vor denen viele stehen. Denn aktive Frauen sind das eine, die Rahmenbedingungen sind das andere – darum möchte ich jetzt den Blick auf notwendige Aktivitäten von staatlicher Seite lenken. Es sind nämlich nicht nur die Frauen, an die ich mich heute richte, sondern vor allem auch die Politik.

Verehrter Herr Minister, ich will Sie nicht allein für die gesamte Regierung in Haftung nehmen, aber wo sie schon einmal hier sind...

Es ist ja kein Geheimnis: Das erste Jahr der großen Koalition war aus Sicht der deutschen Unternehmen durchaus enttäuschend. Anstatt mit dieser überwältigenden Gestaltungsmehrheit die Herausforderungen der Zukunft anzugehen, haben wir vor allem rückwärtsgewandte Verteilungspolitik erleben müssen. Und – entgegen der erklärten Absicht von Union und SPD im Koalitionsvertrag – an vielen Stellen mehr Regulierung für die Unternehmen hinnehmen müssen.

Denn auch wenn die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich solide dasteht: Die ökonomischen Daten insgesamt sind leider nicht mehr so positiv wie noch vor einem Jahr, als die Koalition ihre Regierungsarbeit aufgenommen hat.

Zusätzlich haben die Unternehmen auch Gegenwind aus der Politik erhalten – Stichwort Rentenpaket, Mindestlohn, Mietpreisbremse, Anti-Stress-Verordnung. An vielen Stellschrauben wird zudem die Belastung für Arbeitgeber erhöht, so bei der Neuregelung der Elternzeit oder der Erweiterung der Pflegezeit für Angehörige.

Das alles mag im Einzelfall verständlich sein oder nachvollziehbaren politischen Zielen dienen – im Effekt bedeutet es mehr Regulierung und höhere Kostenbelastung für die deutsche Wirtschaft. Dabei sollten die Weichen jetzt gerade umgekehrt gestellt werden. Denn nötig sind im Gegenteil Maßnahmen, die mehr Spielraum für Beschäftigung schaffen und die endlich unnötigen bürokratischen

Ballast abschaffen, unter dem vor allem kleine und mittlere Unternehmen überproportional zu leiden haben.

Der VdU hat in einer Mitgliederumfrage ermittelt, in welchen Bereichen die Belastung für die deutschen Unternehmerinnen besonders hoch ist und wo sie den größten Reformbedarf sehen. Ergebnis: Überwältigende Unterstützung für die Forderung nach einer Kostenreduzierung!

94 Prozent fordern einen Bürokratieabbau von 25 Prozent. 88 Prozent der befragten VdU-Mitglieder treten dafür ein, die Statistikpflichten für die Firmen deutlich zu verringern und auf eine Maximalzahl pro Jahr und Unternehmen zu begrenzen. Fast alle befragten Unternehmerinnen sprechen sich nachdrücklich für eine grundsätzliche Vereinfachung des Steuerrechts aus, da die Vielzahl der steuerrechtlichen Veränderungen für kleine und mittlere Unternehmen kaum zu evaluieren ist.

Anfangen von der Vorfälligkeit der Rentenversicherungsbeiträge bis zu einer Verringerung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen plädieren die Unternehmerinnen des VdU dringend für konkrete Erleichterungen.

Diesen Forderungen der Unternehmerinnen verleiht der VdU im Zusammenwirken mit anderen Wirtschaftsverbänden Nachdruck auf allen Ebenen unserer politischen Kontakte. So wurden die Reformvorschläge des VdU gezielt in eine entsprechende parlamentarische Initiative eingebracht, die sich den Bürokratieabbau zum Ziel gesetzt hat.

Inzwischen ist in vielen politischen Äußerungen ein Umdenken herauszuhören. Als Präsidentin eines Wirtschaftsverbandes registriere ich natürlich gern, dass die Politik jetzt vielfach von der Orientierung an den ökonomischen Anforderungen spricht.

Gern habe ich auch die Ankündigung vernommen, die Belastungen für die Unternehmen zu reduzieren. So hat es auch die Bundeskanzlerin in einem Interview mit dem VdU zugesichert. Der Bürokratieabbau ist bereits im Koalitionsvertrag versprochen, aber leider noch nicht umgesetzt. Jetzt sind erste – kleine – Erleichterungen auf den Weg gebracht, das ist erfreulich und wird auch von uns begrüßt, aber es reicht noch nicht. Beim Bürokratieabbau ist die Bundesregierung im Wort, und der VdU wird darauf drängen, dass es nicht bei politischen Placebos bleibt.

Aber die Politik ist nicht nur gefordert, bereits bestehende bürokratische Belastungen abzubauen. Wenn wir hier über die Zukunftschancen im ländlichen Raum sprechen, steht viel mehr auf der To-Do-Liste der Großen Koalition. Neben dem Abbau von Bürokratiekosten brauchen wir aktiven Einsatz für nachhaltige und vor allem ausreichende Investitionen, um neue, zusätzliche ökonomische Perspektiven zu ermöglichen.

Das gilt in ganz besonderem Maß für die ländlichen Regionen. Wie unter einem Brennglas sind hier viele Herausforderungen an unsere Zukunftsfähigkeit gebündelt.

Stichwort demografischer Wandel – Stichwort Infrastruktur – Stichwort Diversity. Das sind aus unserer Sicht die drei zentralen Themenfelder, in denen es jetzt darauf ankommt, die Weichen richtig zu stellen und in denen die Politik besonders gefordert ist.

Der demografischer Wandel ist unausweichlich und wir alle wissen es: Wir werden immer älter und vor allem immer weniger. Noch vor ein paar Jahrzehnten hat mal ein Bundeskanzler gemeint „Kinder kriegen die Leute immer“. Das war eine trügerische Annahme, wie wir heute wissen. Die Alterspyramide, die viele aus dem Schulbuch kennen, mit einem breiten Sockel der nachwachsenden Generationen, die gibt es längst nicht mehr. Überspitzt gesagt, steht diese Pyramide inzwischen auf dem Kopf.

All dies stellt die Anpassungsfähigkeit unserer Sozialsysteme ebenso vor gewaltige Aufgaben wie unsere Beschäftigungsformen. Schon jetzt ist der Fachkräftemangel vor allem im Mittelstand deutlich spürbar. Jedes zweite Unternehmen klagt über zunehmende Schwierigkeiten, geeignete Beschäftigte zu finden. Zusätzlich erschwerend sind in dieser Lage natürlich gesetzliche Neuerungen, die ein früheres Ausscheiden aus dem Beruf erleichtern und so dem Fachkräftemangel noch Vorschub leisten – wie zum Beispiel die Rente mit 63.

Abseits der Metropolen sind diese Schwierigkeiten der Unternehmen, Fachkräfte zu gewinnen, noch größer. Wichtigstes Problem: die räumliche Vereinzelung. Zu Zeiten einer vorwiegend standortnah agierenden Wirtschaft und einer nachwuchsreichen Sozialstruktur war das weniger problematisch. Aber die Entwicklung hin zu einer zunehmend vernetzten Arbeits- und Lebenswelt hat hier einen Teufelskreis in Gang gesetzt. Sinkende ökonomische Attraktivität einer Region befördert die Abwanderung der qualifiziertesten Kräfte, was wiederum die Ansiedlung neuer Unternehmen nicht wahrscheinlicher macht.

Was aus Sicht der Unternehmerinnen besonders ins Gewicht fällt: Es sind vielfach gerade gut ausgebildete Frauen, die die ländlichen Regionen verlassen und in die Städte abwandern. Sie haben es vorhin selbst angesprochen, Herr Minister. Diesen Frauen eine Perspektive zum Bleiben zu bieten, kann entscheidend dazu beitragen, diese negative Entwicklung aufzuhalten. Hier kommt es nach meiner Überzeugung darauf an, das Potenzial ökonomischer Belebung zu heben. Die Politik muss die Voraussetzungen schaffen, die ökonomische Perspektiven erst ermöglicht.

Das leitet direkt über zu unserem nächsten Stichwort: Infrastruktur: Wir alle kennen die Bilder von maroden Brücken und Straßen, die dringend saniert werden müssen. Das sind Erhaltungsinvestitionen, die unverzichtbar sind, um einen Verkehrsinfarkt zu vermeiden. Aber zusätzlich braucht es vorausschauende Investitionen, um unsere Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten. Infrastrukturinvestitionen sind nicht nur in unseren Verkehrswegen erforderlich, sondern auch für unsere Kommunikationswege, die verlässlich und hinreichend schnell sein müssen.

Eine gute Internetverbindung ist heute unabdingbar für eine moderne Unternehmensführung. Dabei spreche ich keineswegs nur von der Hightech-Branche oder von der Industrie 4.0, die ja zurzeit in aller Munde ist. Jedes Unternehmen, das Kundenpflege, Werbung oder Einkäufe über die eigene nähere Umgebung hinaus betreibt, braucht verlässliche Kommunikationsmöglichkeiten. Das gilt umso mehr für die ländlichen Regionen, denn das Internet und mit ihm die Möglichkeiten der Kommunikation und der Präsentation ist das Medium der Wahl zur Überwindung der strukturellen Nachteile des ländlichen Raumes.

Insbesondere für die Zukunftschancen von Unternehmen im ländlichen Raum kommt einer guten Breitbandanbindung eine gar nicht zu überschätzende Bedeutung zu. Die Standortwahl von Unternehmen wird zunehmend vom Vorhandensein einer verlässlichen und leistungsfähigen Internetverbindung mitbestimmt, und zwar nicht nur für Unternehmen aus der Technologiebranche. Eine gute IT-Ausstattung macht im Übrigen auch ein Unternehmen auch für Mitarbeiter attraktiver: Nach einer aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft würden 18 Prozent der Befragten sogar den Arbeitgeber wechseln, wenn sie in einem Unternehmen mit besserer Technologieausstattung arbeiten könnten.

Besorgniserregend ist, dass Deutschland hier den Anschluss zu verlieren droht. Es ist doch ein erschreckendes Warnsignal, dass selbst wirtschaftlich schwächere Länder wie Rumänien oder Litauen inzwischen schnellere Netze haben. Auch wenn es in den Städten – wie beispielsweise in Berlin –

Areale mit langsamen oder schwankenden Anbindungen gibt, so gilt generell: Je weiter man sich aus den urbanen Zentren entfernt, umso schwächer wird das Netz.

Das ist ein schwerer struktureller Nachteil für unternehmerische Tätigkeiten in ländlichen Regionen. Mancherorts existieren sogar regelrechte blinde Flecken für die moderne IT – das allein ist schon ein Skandal in einem hochentwickelten Industrieland wie unserem. Das bedeutet in der Konsequenz, dass für Regionen, die keine solide Internetanbindung anbieten können, nicht nur Entwicklungsmöglichkeiten für bestehende Firmen gemindert werden – die Chancen auf eine Ansiedlung von neuen, innovativen Unternehmen tendieren geradezu gen null.

Für viele Branchen beginnt die Wahrnehmungsschwelle erst mit einem professionellen Internetauftritt. Wer nicht im Netz präsent ist, existiert nicht. Das ist sicher auch eine Generationenfrage, für meine Kinder beispielsweise ist ein Leben ohne Internetverbindung gar nicht mehr vorstellbar. Das Smartphone ist ihr Lebenselixier. Sogar in den Ferien mögen sie kein Hotel oder Ferienhaus ohne WLAN beziehen. Ich dagegen wünsche mir im Urlaub zumindest eine streckenweise Nichterreichbarkeit. Aber ich nutze natürlich auch nicht vorwiegend Chats oder You Tube...

Im Gegenteil: Für mich ist eine funktionierende Internetanbindung vor allem eine berufliche Notwendigkeit. Damit bin ich als Unternehmerin natürlich nicht allein. Unsere Kunden und Geschäftspartner erwarten das. Eine Mailadresse ist heute so selbstverständlich wie eine Telefonnummer.

Ohne Internetanbindung schrumpft der Radius unternehmerischer Entwicklungsmöglichkeit fast auf den Nullpunkt. Eine solche mutwillige Verschleuderung von Chancen können wir uns nicht leisten. Im Interesse einer verstärkten Unternehmensansiedlung ist es absolut notwendig, eine verlässliche und leistungsstarke Internetanbindung auch in der Fläche sicherzustellen. Nach Überzeugung der deutschen Unternehmerinnen ist dies eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sie gehört zur Grundversorgung in Gewerbegebieten wie der Anschluss an Strom, Wasser und Wärme.

Der VdU begrüßt daher die angekündigten Anstrengungen der Bundesregierung für eine bessere Breitbandversorgung. Aus unserer Sicht sollten jedoch die veranschlagten Mittel deutlich aufgestockt werden, um mehr als nur einen punktuellen Effekt entfalten zu können.

Mehr Investitionen von staatlicher Seite braucht es auch in einem weiteren ganz entscheidend wichtigen Feld öffentlicher Infrastruktur, gerade wenn es um bessere Erwerbschancen für Frauen geht: Ich spreche von der Betreuungsinfrastruktur.

Seit Jahrzehnten setzt sich unser Verband für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Denn es sind nach wie vor vor allem Frauen, die diese Doppelbelastung schultern. Viele Frauen bleiben unfreiwillig länger zuhause, eben weil Betreuungsangebote nicht im benötigten Umfang zur Verfügung stehen. Hier ist in den vergangenen Jahren schon viel geschehen, aber noch viel zu viele Mütter stehen vor dem Dilemma, dass es zwar Plätze gibt, dass aber die Betreuungszeiten nicht zu ihren angestrebten Arbeitszeiten passen. Das ist insbesondere in ländlichen Gebieten ein drängendes Problem.

In Zeiten des demografischen Wandels kommt eine weitere Belastung hinzu: Kaum sind die Kleinen halbwegs flügge, brauchen die Eltern Hilfe und Begleitung. Auch diese Aufgabe übernehmen in der Regel Frauen, zum einen, weil ihnen diese Fürsorge ein Herzensanliegen ist, zum anderen aber auch, weil sie oft keine andere Möglichkeit haben. Darum brauchen wir eine bessere Betreuungsinfrastruktur in doppelter Hinsicht: Gute und ausreichende Angebote in der Kinderbetreuung ebenso wie in der Altenpflege, damit Frauen die Chance haben, die eigene Erwerbstätigkeit fortzuführen.

Dies ist übrigens auch der wichtigste Schlüssel, um die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern zu schließen. Sie haben es angesprochen, Herr Minister: Noch immer klafft eine Lücke in den Durchschnittsverdiensten von Männern und Frauen, besonders krass auf dem Land. Das darf nicht so bleiben!

Das statistische Bundesamt hat 2013 die Gründe hierfür untersucht. Führungsfunktion und Berufswahl sind nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes die wichtigsten Gründe. Frauen sind in den Führungsetagen und in den Hochlohnsektoren der Wirtschaft deutlich unterrepräsentiert. Darum setzt sich der Verband deutscher Unternehmerinnen seit sechzig Jahren für mehr Frauen in MINT-Berufen und in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft ein.

Dazu kommt: Frauen arbeiten zu einem größeren Teil als Männer in Teilzeit und haben außerdem Unterbrechungen in ihren beruflichen Lebensläufen, weil sie sich um Kinder und – zunehmend mehr – um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Darum fordert der VdU mit besonderem Nachdruck bessere Betreuungsangebote, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Wir

können zu Recht von uns sagen, dass wir damit eine Vorreiterrolle unter den deutschen Wirtschaftsverbänden einnehmen.

Ähnliches gilt für unser drittes Stichwort: Diversity, auf Deutsch: Vielfalt. Das ist die wohl wichtigste Herausforderung für die unternehmerische Personalpolitik der Zukunft. Auf das große Potenzial von Frauen für die Fachkräftegewinnung in den Unternehmen habe ich schon hingewiesen. Nicht zu vergessen auch die älteren Beschäftigten, deren Erfahrung in den Unternehmen unverzichtbar ist, und natürlich auch die ausländischen Fachkräfte und die Generation der Jungen, die mit ihren Fachwissen und ihren besonderen Kenntnissen die Mitarbeiterteams bereichern. So können die Unternehmen der Zukunft kompetent und variabel auch verschiedenartigste Herausforderungen meistern.

Denn was wir nicht mehr brauchen, ist das Verharren in starren Mustern und alten Strukturen. Wir brauchen im Gegenteil einen Mentalitätswandel nicht nur auf der Arbeiterebene, sondern vor allem auch in den Führungsetagen.

Mehr Vielfalt und Flexibilität ist auch in Fragen unserer Arbeitsorganisation gefragt: Ob Home Office, Job Sharing und Arbeitszeitkonten – viele Unternehmen werben mit vielfältigen Angeboten um qualifizierte Mitarbeiter. Auch Faktoren wie Familienfreundlichkeit und Frauenförderung werden immer wichtiger für die Attraktivität eines Unternehmens. Das gilt nicht allein im Werben um Fachkräfte, sondern zunehmend auch in der eigenen Außendarstellung und gegenüber den Kunden.

Es ist also schon viel in Bewegung in den Unternehmen, die sich fit machen für die Herausforderungen der Zukunft. Lassen Sie uns dies aufgreifen und fortführen, um mehr ökonomische Perspektiven zu schaffen – auch und gerade für aktive Frauen in ländlichen Regionen.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das Mut macht zu eigenem unternehmerischem Handeln. Das noch viel mehr Frauen Mut macht, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen.

Diesem Ziel widmet sich der Verband deutscher Unternehmerinnen seit seiner Gründung vor sechzig Jahren. Wir führen unternehmerisch tätige Frauen in ganz Deutschland zusammen, in den Metropolen ebenso wie im ländlichen Raum. In unserem Verband sind Unternehmerinnen verschiedenster Branchen vernetzt, unterschiedlichster Größe, von der Einzelunternehmerin bis zu großen Mittelständlerinnen mit mehreren Tausend Beschäftigten. Darunter sind Neugründungen genauso wie Firmenübernahmen oder Traditionsunternehmen. Im VdU engagieren sich erfahrene

Unternehmerinnen gemeinsam mit jungen Gründerinnen, die erst am Anfang ihrer unternehmerischen Laufbahn stehen.

Wir sind nicht allein ein branchenübergreifendes und ausgesprochen aktives Netzwerk: Als bundesweit organisierter Wirtschaftsverband bündeln wir die Interessen der Unternehmerinnen und verleihen den unternehmerisch tätigen Frauen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern eine Stimme.

Wir sind mit Sitz und Stimme Mitglied im Spitzengremium der deutschen Wirtschaftsvertretung, im Vorstand der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Zugleich sind viele unserer Mitglieder in den Vollversammlungen der Industrie- und Handelskammern engagiert und arbeiten eng mit den IHK vor Ort zusammen.

Wer sich also als unternehmerisch tätige Frau einbringen und das eigene Anliegen engagiert und nachdrücklich in Politik und Öffentlichkeit vertreten sehen möchte, ist beim VdU richtig – und uns jederzeit herzlich willkommen! Denn eines wollen wir unbedingt ändern und dazu sollten wir in allen weiblichen Berufs- und Unternehmensverbänden möglichst viele werden: Dass Frauen bei Wirtschaftstreffen noch immer in einer deutlichen Minderheit sind.

Passivität schafft keine Perspektiven. Insofern steht der Verband deutscher Unternehmerinnen voll und ganz hinter dem Motto dieses Zukunftsforums – aktive Frauen für ländliche Räume. Ich freue mich, mit Ihnen gemeinsam, den unternehmerischen Mut unter Frauen zu stärken.

Herzlichen Dank.